

In der Senatssitzung am 11. April 2023 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport

03.04.2023

Vorlage für die Sitzung des Senats am 11.04.2023

„Globalmittel zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs und der Energiekrise“

„Materialausstattung zur Vorsorge im Katastrophenschutzbereich Sozial- und Betreuungswesen“

A. Problem

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat bundesweit zum Umdenken in der Krisenvorsorge geführt. Der Senat hat in seiner Sitzung am 15.11.2022 den Umgang mit den Folgen des Ukraine-Krieges erörtert und dabei festgestellt, dass zur Stärkung der Krisenresilienz bezüglich drohender Gasmangellage und energiever sorgungsbedingter Gefahrenlagen auch notwendige Investitionen in die Kriseninfrastruktur des Landes und der Stadtgemeinden zu tätigen sind.

Der vom Senat mit Beschluss vom 17.01.2023 vorgelegte Nachtragshaushalt wurde von der Bürgerschaft im März 2023 beschlossen und stellt Mittel im Umfang von 500 Mio. € als Globalmittel zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs sowie der damit verbundenen Energiekrise bereit.

Das Steuerungsverfahren für den Haushaltsvollzug der im Nachtragshaushalt 2023 vorgesehenen Globalmittel wurde vom Senat am 21.03.2023 beschlossen und mit verbindlichen Antragsformularen vorgegeben.

Im Rahmen des Katastrophenschutzes der Stadtgemeinde Bremen wurde der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport der Katastrophenschutzbereich (KatS-B) Sozial- und Betreuungswesen zugewiesen. Der KatS-B Sozial und Betreuungswesen berät, betreut und versorgt Menschen, die durch Katastrophen oder Großschadenslagen in Not geraten sind. Im Unterschied zur Zeit des Kalten Krieges wurde seit den 1990er Jahren bei den Planungen davon ausgegangen, dass es sich bei Katastrophen und Großschadenslagen (Unwetter, Flächenbrand, Sturmflut) um regional begrenzte Ereignisse handele und die Grundbedürfnisse von Menschen nach Obdach, Wärme, Wasser und Verpflegung sichergestellt werden könne, da die Stabilität von Lieferketten und Energieversorgung gewährleistet sei. Diese Annahmen bedürfen angesichts der in Folge des Ukraine-Krieges aufgetretenen Probleme bezüglich der Energieversorgung und der Einschränkung wesentlicher Lieferketten der Revision. Für den KatS-B Sozial- und Betreuungswesen ergibt sich dringender Handlungsbedarf hinsichtlich einzulagernden Materials für die Herrichtung und Betrieb sogenannter Betreuungsstellen. Zwar wurde der zurückliegende Winter gut überstanden, dennoch bleibt die Vorbereitung auf den Winter 2023/2024 eine zentrale Herausforderung (aktueller Lagebericht der Bundesnetzagentur vom 30.03.2023). Insbesondere ein energiever sorgungsbedingter langfristiger, großflächiger Stromausfall (LGSA) könnte die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven in katastrophenähnliche Zustände versetzen.

In Folge des Ukraine-Krieges wurde generell deutlich, dass die Zivile Notstandsplanung und zivile Verteidigung im Hinblick auf militärische Eskalationen neben dem Katastrophenschutz einen enormen Aufgabenzuwachs erfährt, der kurzfristig ausgelöst und aufzufangen ist, jedoch voraussichtlich auch verstetigt über den bisherigen Anforderungen liegen wird. Bislang wurde diese Aufgabe organisatorisch als Teilaufgabe mit geringfügigem Zeitbedarf „mitgemacht“. Da diese Aufgabe inzwischen ein vollständiges Stellenvolumen bindet, ist die Wahrnehmung dieser Aufgabe in der jetzigen Form weder akut noch perspektivisch dauerhaft leistbar.

B. Lösung

Der KatS-B Sozial- und Betreuungswesen ist ins Gesamtkonzept des Katastrophenschutzes der Stadtgemeinde Bremen beim Senator für Inneres eingebunden. Einrichtung und Betrieb der Betreuungsstellen werden im Katastrophenschutzkalender des KatS-B Sozial- und Betreuungswesen der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport (SJIS) beschrieben.

Davon ausgehend, dass in einer überregionalen Krisensituation die regulären Lieferketten unterbrochen sind und das Material Just-in-Time nicht verfügbar ist, wurde in Zusammenarbeit mit dem in diesem Feld erfahrenen Deutschen Roten Kreuz (DRK) eine Materialaufstellung (Anlage 2) erarbeitet und abgestimmt. In der Anlage 2 wird das Material gelistet, welches im Katastrophenfall umgehend zur Verfügung stehen muss, um den Betrieb einer Betreuungsstelle aufzunehmen und sicherzustellen. Auf die Einlagerung von Lebensmitteln wird in der jetzigen Situation bewusst verzichtet, da Lebensmittel der Gefahr des Verderbs unterliegen. Nach aktuellen Planungen wurden im Stadtgebiet Bremen insgesamt 18 Schulen ausgewählt, die für die Einrichtung von Betreuungsstellen geeignet sind. Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass in den Schulen wichtige Infrastruktur für den Aufenthalt von in Not geratenen Menschen kurzfristig verfügbar ist.

Das Material, welches zur Bewältigung einer überregionalen Krisenlage eingesetzt wird, unterstützt auch bei länger anhaltenden Gefahrenlagen die Durchhaltefähigkeit. Mit der Materialbeschaffung wird der KatS-B Sozial- und Betreuungswesen seiner Aufgabe auch in energieversorgungsbedingten überregionalen Krisenlagen gerecht, insbesondere dem Schutz von Leib und Leben Rechnung zu tragen.

Für Fragen der Notstandsplanung sowie des Zivil- und Katastrophenschutzes im Ressort wird eine Steuerungsstelle im Umfang von 1,0 VZE einzurichten sein. Wesentliche Aufgaben werden die Gesamtsteuerung und konzeptionelle Entwicklung des KatS-B Sozial- und Betreuungswesen in Zusammenarbeit mit anderen Ressorts und Behörden sein. Dazu gehört auch die Sicherstellung der Handlungsfähigkeit des Ressorts in Krisensituationen sowie die Verwaltung der materiellen Ausstattung.

Im Übrigen wird auf das Antragsformular (Anlage 1) verwiesen.

Für Betreuungseinsätze in der Stadtgemeinde Bremerhaven wird vom Sozialamt Bremerhaven ebenfalls Material zur Stärkung der Krisenresilienz benötigt. Hierzu wird auf das Antragsformular (Anlage 3) und die Materialliste (Anlage 4) verwiesen.

Im Zuge der Überlegungen, im Fall einer Gasmangellage Wärmepunkte einzurichten, benötigen zwei dafür vorgesehene Seniorentreffpunkte in der Stadtgemeinde Bremerhaven die Ausstattungsergänzung gemäß dem beigefügten Antragsformular (Anlage 5).

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen. Bei Verzicht auf die Materialbeschaffung kann die Einrichtung von Betreuungsstellen bei überregional auftretenden Gefahrenlagen kurzfristig nicht sichergestellt werden.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender-Prüfung

Die Personalkosten für die in der senatorischen Behörde bei SJIS einzurichtende Steuerungsstelle „Zivil- und Katastrophenschutz“ (1,0 VZE, Entgeltgruppe 13) betragen jährlich rd. 83 Tsd. € zuzüglich 9,7 Tsd. € Arbeitsplatzkosten p.a., so dass im städtischen Haushalt des Produktplans 41 jährliche Gesamtkosten von rd. 90 Tsd. € entstehen. Unter Berücksichtigung der üblichen Rekrutierungszeit von durchschnittlich sechs Monaten ist davon auszugehen, dass die Stelle frühestens ab Oktober besetzt werden kann, so dass für das Jahr 2023 Personalkosten im Umfang von rd. 22 Tsd. € zuzüglich 9,7 Tsd. € Arbeitsplatzkosten entstehen, womit Gesamtkosten von rd. 32 Tsd. € zu erwarten sind.

Die Personalkosten wurden auf Basis der Personalhauptkosten 2023 berechnet.

Für die Materialbeschaffung werden aus den Globalmitteln zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs sowie der Energiekrise die in der Anlage 2 dargestellten Mittel von insgesamt 1.299.650 € für die Stadtgemeinde Bremen benötigt. Die Aufstellung der Kosten basiert auf einer Online-Preisrecherche und vorliegenden Daten aus der Zuständigkeit des Ressorts für die Unterbringung geflüchteter Menschen.

Für die Stadtgemeinde Bremerhaven werden aus den Globalmitteln zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs sowie der Energiekrise die in der Anlage 4 dargestellten Mittel von insgesamt 284.550 € benötigt.

Für die Ertüchtigung der Wärmepunkte in zwei Seniorentreffpunkten beantragt die Stadtgemeinde Bremerhaven Globalmitteln zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs sowie der Energiekrise in Höhe von 155.000 €.

Die dargestellten Bedarfe können nach derzeitiger Einschätzung im laufenden Jahr 2023 nicht im Ressortbudget sowie auch nicht durch Bundes- und EU-Mittel finanziert werden.

Daher soll die haushaltsmäßige Finanzierung und Umsetzung der Kosten für 2023 im neu eingerichteten Produktplan 99 Klimastrategie, Ukraine/Energiekrise aus den vorgesehenen Globalmitteln zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs sowie der Energiekrise erfolgen. Zur Darstellung der Maßnahme werden Haushaltsstellen mit Bewirtschaftungsrechten für die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport eingerichtet, auf die nach Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses eine entsprechende Nachbewilligung mit Deckung aus den Globalmitteln erfolgt.

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport wird ungeachtet dessen anderweitige, sich ggf. im weiteren Jahresverlauf ergebende Möglichkeiten zur Abdeckung der Mittelbedarfe innerhalb des Ressortbudgets sowie durch mögliche Bundes- und EU-Mittel im Rahmen des Controllings fortlaufend prüfen; diese werden vorrangig vor einer Notlagenkreditfinanzierung eingesetzt.

Etwaige Anschlussfinanzierungen des Personal ab 2024 ff. sind im Ressortbudget darzustellen.

Aus der Materialbeschaffung und der Ertüchtigung zweier Seniorentreffpunkte für Wärmepunkte in der Stadtgemeinde Bremerhaven ergeben sich keine geschlechterspezifischen Sachverhalte. In Krisen und Katastrophen wird allen Menschen

unabhängig vom Geschlecht und Migrationshintergrund geholfen. Die Stellenausschreibung für die Steuerungsstelle Zivil- und Katastrophenschutz steht allen Geschlechtern offen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Vorlage ist mit dem Senator für Inneres und dem Magistrat Bremerhaven abgestimmt. Die Abstimmung mit der Senatskanzlei und dem Senator für Finanzen ist eingeleitet. Der Koordinierungsstab Gasmangellage ist unterrichtet worden.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

Der Senat beschließt vorbehaltlich der Verkündung des Haushaltsgesetzes:

1. Der Senat stimmt der Materialbeschaffung zur Sicherstellung des Aufbaus von Betreuungsstellen im Katastrophenschutzbereich Sozial- und Betreuungswesen in Höhe von 1.299.650 € für die Stadtgemeinde Bremen aus den Globalmitteln zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs sowie der Energiekrise in 2023 zu.
2. Der Senat stimmt der Materialbeschaffung zur Fähigkeitserweiterung von Betreuungseinsätzen des Sozialamtes Bremerhaven in Höhe von 284.550 € aus den Globalmitteln zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs sowie der Energiekrise in 2023 zu.
3. Der Senat stimmt der Ertüchtigung zweier Seniorentreffpunkte zu Wärmepunkten in Bremerhaven in Höhe von 155.000 € aus den Globalmitteln zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs sowie der Energiekrise in 2023 zu.
4. Der Senat nimmt den Personalmehrbedarf im Umfang von 1,0 VZE für die Einrichtung einer Steuerungsstelle für Zivil- und Katastrophenschutz in der senatorischen Behörde bei der SJIS zur Kenntnis.
5. Der Senat stimmt der Einstellung von zusätzlichem Personal im Umfang von bis 1,0 VZE für die Aufgabenwahrnehmung in der Steuerungsstelle für Zivil- und Katastrophenschutz ab dem 01.10.2023 zu.
6. Der Senat beschließt, die Personalkosten (inklusive Arbeitsplatzkosten) in Höhe von rd. 32 Tsd. € (PPL 41 Land) im Jahr 2023 übergangsweise aus zentralen Globalmitteln zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Krieges in 2023 zu finanzieren.
7. Der Senat bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport die Zustimmungen der Deputation für Soziales, Jugend und Integration einzuholen und über den Senator für Finanzen den Haushalts- und Finanzausschuss zu befassen.

Antragsformular

Globalmittel Ukraine-Krieg/Energiekrise

Senatssitzung:	Maßnahmenbezeichnung/Titel der Senatsvorlage:	
11.04.2023	<u>Steuerungsstelle und Materialbeschaffung zur Unterstützung der Krisenresilienz im Katastrophenschutzbereich Sozial- und Betreuungswesen</u>	
Maßnahmenkurzbeschreibung: (Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern der Maßnahme.)		
In Folge einer Gasmangellage und energieverorgungsbedingter Gefahrenlagen könnten Menschen in die Obdachlosigkeit geraten. Zur Vorsorge wird Material zu beschaffen sein, um die Gefahr für Leib und Leben von obdachlos gewordenen Personen abzuwenden. Das Material kann auch zur Aufnahme von kriegsbedingter Geflüchteter aus der Ukraine genutzt werden. Eine Steuerungsstelle für den „Zivil- und Katastrophenschutz“ soll den Katastrophenschutzbereich Sozial- und Betreuungswesen konzeptionell weiterentwickeln und steuern.		
Maßnahmenzeitraum und -kategorie		
Beginn: Unmittelbar nach Mittelfreigabe im April 2023	voraussichtliches Ende: Beschaffungsende 31.12.2023. Lagermaterial, daher dauerhaft bewirtschaftet.	
Zuordnung zu inhaltl. Bereichen aus der Senatsvorlage 15.11.2022 (Drop-Down Menü): 7. Stärkung der Krisenresilienz bezüglich drohender Gasmangellage und energieverorgungsbedingter Gefahrenlagen		
Zielgruppe/-bereich: (Wer wird unterstützt?)		
Personen, die krisenbedingt in Notlage geraten sind und deren Leib und Leben gefährdet ist.		
Maßnahmenziel: (Welche Ziele werden angestrebt?)		

**Verbesserung der Reaktionszeiten und Schlagkraft bei krisenbedingten Herrichtungen von
Betreuungsstellen im Katastrophenschutzbereich Sozial- und Betreuungswesen**

Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Planwert 2023
- <i>Materialverfügbarkeit</i>	- <i>EURO</i>	- <i>1.299.650</i>
- <i>Stellenbesetzung</i>	- <i>1 VZÄ</i>	- <i>01.10.2023</i>

Begründungen und Ausführungen zu

<p>1. dem eindeutigen, nachweisbaren Bezug der Maßnahme zum Ukraine-Krieg/der Energiekrise (kausaler Veranlassungszusammenhang): (Inwieweit steht diese Maßnahme im nachweisbaren, kausalen Veranlassungszusammenhang zur Notsituation des Ukraine-Kriegs/der Energiekrise? Inwieweit resultiert die Maßnahme aus der Notsituation bzw. ist dem Zweck der Bewältigung der Notsituation gewidmet?)</p>
<p>Der Ukrainekrieg wirkt sich nachhaltig auf die Energieversorgungssicherheit in Deutschland aus. Bei Störungen der Energieversorgung (Gas und Strom) muss auch mit langfristig, großflächigen Stromausfällen (LGSA) und Ausfällen der Wärmeversorgung gerechnet werden. LGSA würden unvorbereitet im Land Bremen katastrophenähnliche Zustände hervorrufen, in denen Menschen unverschuldet in Not geraten und deren Leib und Leben gefährdet wären. SJIS wurde der Katastrophenschutzbereich Sozial- und Betreuungswesen zugewiesen. Hier entsprechende Vorsorge zu treffen, um im Fall einer Energieversorgungsunterbrechung Hilfe leisten zu können bedarf es an einer Steuerungsstelle und Materialgrundausrüstung, die bislang nicht vorhanden ist. Zudem zeigt sich, dass sich Krisen (u.a. Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg und damit einhergehende Energiekrise) in den vergangenen Jahren abgewechselt oder sogar überlagert haben. Da es zurzeit keine Anzeichen für eine Entspannung der Weltlage gibt, ist in den kommenden Jahren mit einem Anhalten der bereits bekannten Krisen und/oder neuen Gefahrenlagen zu rechnen. Es ist daher unabdingbar, die Krisenresilienz des Landes und der Stadt Bremen dauerhaft zu stärken, in dem die bereits vorhandene Kriseninfrastruktur bedarfsgerecht ausgebaut wird.</p>
<p>2. der <u>Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit</u> der Maßnahme zur Bewältigung der Notsituation des Ukraine-Kriegs/der Energiekrise (Bitte im Dreiklang jeweils Aussagen zur Geeignetheit, Erforderlichkeit, Angemessenheit: Ist die Maßnahme geeignet, erforderlich und angemessen zur Bewältigung der Notsituation Ukraine-Krieg/Energiekrise bzw. deren Folgen?)</p>
<p>Die Maßnahme ist geeignet, um im Fall der Energieversorgungskrise katastrophenähnliche Zustände abzufedern und besonders in Not und obdachlos geratene Menschen zu betreuen. Die Maßnahme ist ein Baustein zur Gewährleistung der Handlungsfähigkeit in krisenbedingten Notlagen.</p>
<p>2.1 Dazu als Orientierung/ Information: Bestehen ähnliche/vergleichbare Maßnahmen in anderen Bundesländern? (Bundesländer und (Förder-)Maßnahme auflisten bzw. Verweis auf bundesweite Mehraufwendungen)</p>

Orientierung ist die im Aufbau befindliche Mobile Betreuungsreserve des Bundes. In diesem Projekt sollen lebenswichtige Grundbedürfnisse der von Kriegseinwirkungen unverletzt betroffenen Menschen nach Obdach, Wärme, Wasser und Verpflegung sichergestellt werden.

3. der Zusätzlichkeit bzw. Notwendigkeit des zeitlichen Vorziehens oder verstärkten Umsetzens der Maßnahme (in Abgrenzung zu "ohnehin geplanten"-Maßnahmen)
(Inwieweit zeichnet sich diese Maßnahme durch eine Zusätzlichkeit (im Sinne von neuen, krisenbedingt zu ergreifenden Maßnahmen) oder bei vorhandenen Planungen durch ein krisenbedingt erforderliches zeitliches Vorziehen oder eine krisenbedingte erforderliche verstärkte Umsetzung aus?)

Vor der im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg ausgelösten Energieversorgungskrise und unterbrochener Lieferketten gab es keine Notwendigkeit an der Versorgungssicherheit zu zweifeln. Planungen berücksichtigten immer vorhandene Lieferketten und vorhandene, stabile Energieversorgung. Die Vorbereitung auf Katastrophen hatte Regionalbezug (Unwetter, Flächenbrand, Sturmflut).

4. der Darstellung von Folgekosten
(Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, die über die Laufzeit bis Ende 2023 hinausgehen, sind nur insofern förderfähig, als dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Ressortbudgets gedeckt werden müssen.)

Folgekosten könnten durch die fachgerechte Einlagerung der Gegenstände entstehen, sofern nicht vorhandene Lagestätten genutzt werden können. Zudem entstehen für die Steuerungsstelle Gesamtkosten in Höhe von ca. 90 Tsd.€/p.a. (davon 83 Tsd. € Personalkosten und 9,7 Tsd. € Arbeitsplatzkosten) im Produktplan 41 des Landeshaushaltes. Etwaige Anschlussfinanzierungen ab 2024 ff. sind im Ressortbudget darzustellen.

5. anderweitigen Finanzierungsmöglichkeiten
(Welche anderen Finanzierungen z.B. bremische Programmmittel oder EU- oder Bundesmittel sowie Deckungsmöglichkeiten innerhalb des Ressortbudgets sind geprüft worden?)

Nicht bekannt

6. Darstellung der Klimaverträglichkeit

Nicht bekannt

7. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter

Es kann allen Menschen aller Geschlechter geholfen werden. Geschlechterspezifische Sachverhalte lassen sich aus der Materialbeschaffung nicht ableiten. Die Stellenausschreibung für die Steuerungsstelle Zivil- und Katastrophenschutz steht allen Geschlechtern offen.

8. Darstellung der Berücksichtigung von Menschen mit Migrationshintergrund

In Krisensituationen wird Menschen unabhängig vom Migrationshintergrund geholfen.

Ressourceneinsatz:

(Bereitstellung Kreditfinanzierung erfolgt ausschließlich über den Landeshaushalt, dabei Differenzierung zwischen direkten Landesausgaben und Zuweisungen des Landes an die Stadtgemeinden für kommunale Aufgaben. Kombinationen möglich.)

Direkte Landesausgaben (Auszahlung aus dem Landeshaushalt bspw. an Dritte)

Ressourceneinsatz 2023	
Aggregat	Land Bremen (in T €)
Mindereinnahmen	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Personalausgaben (Kernverwaltung)	rd. 22 Tsd. €
VZÄ (sowie Angabe Dauer in Monaten. Kernverwaltung)	1 VZE, EG 13 (3 Monate – Einstellung aufgrund der Rekrutierungszeit frühestens ab Oktober möglich)
Konsumtiv	9,7 (Arbeitsplatzkosten)
Investiv	1.299,650

Zuweisungen vom Land an die Stadtgemeinden (für kommunale Aufgaben)

Ressourceneinsatz 2023		
Zuweisung vom Land an Stadtgemeinden	Bremen (in T €)	Bremerhaven (in T €)
Verrechnungs- / Erstattungsausgaben vom Land - investiv	1.299,65	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Verrechnungs- / Erstattungsausgaben vom Land - konsumtiv	31,7	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Davon Mittelverwendung in den Stadtgemeinden aufgeteilt auf Aggregate:		
Mindereinnahmen	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Personalausgaben	22	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
VZÄ (sowie Angabe Dauer in Monaten)	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Konsumtiv	9,7	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Investiv	1.229,65	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Geplante Struktur:

Verantwortliche Dienststelle
Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport
Ansprechperson


Anlagen:

Beigefügte Unterlagen
<ul style="list-style-type: none"> - WU-Übersicht, keine - ...
Begründung, falls keine WU-Übersicht beigefügt wurde
Die Maßnahme dient der Sicherstellung des Sozial- und Betreuungswesens im Katastrophenfall. Die Krisenvorsorge entbehrt einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung. Bei Beschaffung werden die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und die bestehenden Vergabevorschriften beachtet.

KatS-Sozial- und Betreuungswesen, Notaufnahme geflüchteter Personen

Anzahl	Artikel	Kosten (netto)	Bemerkung
Logistik			
1	Grundausstattung Lager	50.000,00 €	Regale / Hubwagen
Transport			
1	KfZ, Kleintransporter	50.000,00 €	z.B. Mercedes Sprinter
Elektro, Notbeleuchtung			
3	Netzanschlusspunkte Dienstgebäude	80.000,00 €	Stromversorgung im Kat-Fall
Unterkunft			
10	Notzelte (aufblasbar)	150.000,00 €	auch als Wärmestation nutzbar
Einrichtung und Beleuchtung			
1500	Betten, z. B. Disc o Bed	375.000,00 €	
300	Kinderbetten	75.000,00 €	
Registrierung			
1500	Registrierungsmaterial	10.800,00 €	
36	Bürokisten	4.300,00 €	
Kommunikation			
18	Megaphone	1.350,00 €	
Unterkunft			
5000	Decken	70.000,00 €	
1500	Schlafsäcke	45.000,00 €	
5000	Bettwäsche	100.000,00 €	
5000	Rettungsdecken	10.000,00 €	

Speisen

1 Feldküche 90.000,00 € "Gulaschkanone"

Trinkwasser

18 Trinkwasserbehälter 2.700,00 €
5000 Trinkflaschen 50.000,00 €

Hygiene

5000 Hygienesets Mann Frau Kind Baby 45.000,00 €

Kleinmaterial

500 Kurbel-Taschenlampen 5.000,00 €
500 Campingleuchten 15.000,00 €
1000 Stirnleuchten 10.000,00 €
1000 Mehrfachsteckdosen 9.500,00 €
1000 Powerbanks 15.000,00 €
250 flexible Solarpanels 30.000,00 €
100 Kurbelradio 6.000,00 €

Summe gesamt 1.299.650,00 €

Ressort: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Bremen, 19.01.2023

Produktplan: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Kapitel: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Antragsformular

Globalmittel Ukraine-Krieg/Energiekrise

Senatssitzung:		Maßnahmenbezeichnung/Titel der Senatsvorlage:	
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.		<u>Fähigkeitserweiterung des Katastrophenschutzes für</u> <u>Betreuungseinsätze in Bremerhaven</u>	
Maßnahmenkurzbeschreibung: (Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern der Maßnahme.)			
Aus der Katastrophenschutzordnung der Stadt Bremerhaven ergibt sich die Zuständigkeit des Sozialamtes für die Unterbringung und Betreuung Schutzsuchender im Katastrophenfall. Die kriegsbedingt notwendige Unterbringung hat die Stadt Bremerhaven und die in Anspruch genommenen vor Ort tätigen Hilfsorganisationen vor umfangreiche Herausforderungen gestellt. Für mögliche kommende Simultansituationen insbesondere im nächsten Winter sind Vorkehrungen zu treffen, um eine Vielzahl von Personen notfallmäßig unterbringen zu können. Hierfür ist eine entsprechend alarmbereite und hinsichtlich der Ausstattung mit anderen Bundesländern harmonisierte Ressource aufzubauen.			
Maßnahmenzeitraum und -kategorie			
Beginn: 01.04.2023		voraussichtliches Ende: 31.12.2023	
Zuordnung zu inhaltl. Bereichen aus der Senatsvorlage 15.11.2022 (Drop-Down Menü): 7. Stärkung der Krisenresilienz bezüglich drohender Gasmangellage und energiever sorgungsbedingter Gefahrenlagen			
Zielgruppe/-bereich: (Wer wird unterstützt?)			
Schutzsuchende, die sich im Stadtgebiet von Bremerhaven aufhalten.			
Maßnahmenziel: (Welche Ziele werden angestrebt?)			
Unterbringung und Betreuung und Verpflegung von 250 Schutzsuchenden im Katastrophenfall			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung		Einheit	Planwert 2023
- Kapazitätsausweitung Notfallunterbringung		- Anzahl	- 250

--	--	--

Begründungen und Ausführungen zu

<p>1. dem eindeutigen, nachweisbaren Bezug der Maßnahme zum Ukraine-Krieg/der Energiekrise (kausaler Veranlassungszusammenhang): (Inwieweit steht diese Maßnahme im nachweisbaren, kausalen Veranlassungszusammenhang zur Notsituation des Ukraine-Kriegs/der Energiekrise? Inwieweit resultiert die Maßnahme aus der Notsituation bzw. ist dem Zweck der Bewältigung der Notsituation gewidmet?)</p>
<p>Zur Steigerung der Krisenresilienz mit Blick auf mögliche überregionale, energieversorgungsbedingte Katastrophenfälle (bspw. langfristige großflächige Stromausfälle) insbesondere im kommenden Winter ist eine Ausweitung der vorhandenen Kapazitäten bei der behelfsmäßigen Unterbringung und Versorgung von Schutzsuchenden notwendig.</p>
<p>2. der <u>Geeignetheit</u>, <u>Erforderlichkeit</u> und <u>Angemessenheit</u> der Maßnahme zur Bewältigung der Notsituation des Ukraine-Kriegs/der Energiekrise (Bitte im Dreiklang jeweils Aussagen zur Geeignetheit, Erforderlichkeit, Angemessenheit: Ist die Maßnahme geeignet, erforderlich und angemessen zur Bewältigung der Notsituation Ukraine-Krieg/Energiekrise bzw. deren Folgen?)</p>
<p>Die Beschaffung der notwendigen Ressource für den Katastrophenfall dient der notwendigen kurzfristigen Verfügbarkeit der Ausrüstungsgegenstände.</p> <p>Es gibt keine Haushaltsmittel um diese Ressource aufzubauen.</p> <p>Im Fall der Krise ist auf vorhandene Strukturen zurück zu greifen, damit die Aufgabe der Unterbringung, Betreuung und Verpflegung geleistet werden kann. Dass eine anderweitige Unterbringungsmöglichkeit etc. zur Verfügung steht, ist im Katastrophenfall unwahrscheinlich.</p>
<p>2.1 Dazu als Orientierung/ Information: Bestehen ähnliche/vergleichbare Maßnahmen in anderen Bundesländern? (Bundesländer und (Förder-)Maßnahme auflisten bzw. Verweis auf bundesweite Mehraufwendungen)</p>
<p>Nicht bekannt.</p>
<p>3. der <u>Zusätzlichkeit</u> bzw. <u>Notwendigkeit des zeitlichen Vorziehens oder verstärkten Umsetzens der Maßnahme (in Abgrenzung zu "ohnein geplanten"-Maßnahmen)</u> (Inwieweit zeichnet sich diese Maßnahme durch eine Zusätzlichkeit (im Sinne von neuen, krisenbedingt zu ergreifenden Maßnahmen) oder bei vorhandenen Planungen durch ein krisenbedingt erforderliches zeitliches Vorziehen oder eine krisenbedingte erforderliche verstärkte Umsetzung aus?)</p>
<p>Ausgelöst durch den Ukraine-Krieg und die damit verbundene Energiekrise hat sich der Handlungsbedarf ergeben. Bisher wurde davon ausgegangen, dass es sich bei Katastrophen und Großschadenslagen (Unwetter, Flächenbrand, Sturmflut) um regional begrenzte Ereignisse handele. Diese Annahme bedarf angesichts der in Folge des Ukraine-Krieges</p>

<p>aufgetretenen Probleme bezüglich der Energieversorgung und der Einschränkung wesentlicher Lieferketten der Revision.</p> <p>Im Haushalt der Stadt Bremerhaven stehen keine finanziellen Mittel für die Schaffung einer entsprechenden Ressource zur Verfügung.</p>
<p>4. der Darstellung von Folgekosten (Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, die über die Laufzeit bis Ende 2023 hinausgehen, sind nur insofern förderfähig, als dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Ressortbudgets gedeckt werden müssen.)</p>
<p>Es entstehen keine Folgekosten aus der Maßnahme.</p>
<p>5. anderweitigen Finanzierungsmöglichkeiten (Welche anderen Finanzierungen z.B. Bremische Programmmittel oder EU- oder Bundesmittel sowie Deckungsmöglichkeiten innerhalb des Ressortbudgets sind geprüft worden?)</p>
<p>Anderweitige Finanzierungsmöglichkeiten sind nicht vorhanden.</p>
<p>6. Darstellung der Klimaverträglichkeit</p>
<p>Klimaschutzrelevante Auswirkungen sind nicht zu erkennen.</p>
<p>7. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter</p>
<p>Jede:r Schutzsuchende kann den Schutz in Anspruch nehmen.</p>
<p>8. Darstellung der Berücksichtigung von Menschen mit Migrationshintergrund</p>
<p>Keine besondere Betroffenheit.</p>

Ressourceneinsatz:

(Bereitstellung Kreditfinanzierung erfolgt ausschließlich über den Landeshaushalt, dabei Differenzierung zwischen direkten Landesausgaben und Zuweisungen des Landes an die Stadtgemeinden für kommunale Aufgaben. Kombinationen möglich.)

Direkte Landesausgaben (Auszahlung aus dem Landeshaushalt bspw. an Dritte)

Ressourceneinsatz 2023	
Aggregat	Land Bremen (in T €)
Mindereinnahmen	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Personalausgaben (Kernverwaltung)	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
VZÄ (sowie Angabe Dauer in Monaten. Kernverwaltung)	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Konsumtiv	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Investiv

Klicken oder tippen Sie hier, um
Text einzugeben.

Zuweisungen vom Land an die Stadtgemeinden (für kommunale Aufgaben)

Ressourceneinsatz 2023		
Zuweisung vom Land an Stadtgemeinden	Bremen (in T €)	Bremerhaven (in T €)
Verrechnungs- / Erstattungsausgaben vom Land - investiv	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	229
Verrechnungs- / Erstattungsausgaben vom Land - konsumtiv	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	56
Davon Mittelverwendung in den Stadtgemeinden aufgeteilt auf Aggregate:		
Mindereinnahmen	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Personalausgaben	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
VZÄ (sowie Angabe Dauer in Monaten)	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Konsumtiv	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	56
Investiv	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	229

Geplante Struktur:

Verantwortliche Dienststelle
Sozialamt Bremerhaven
Ansprechperson


Anlagen:

Beigefügte Unterlagen
Bedarfsanzeige Materialbeschaffung BTP 250
Begründung, falls keine WU-Übersicht beigefügt wurde
Im Rahmen der Unterbringungs- und Betreuungsaufgabe von Schutzsuchenden des Sozialamtes erfolgt der Aufbau der Fähigkeitserweiterung für den Katastrophenschutz im Zusammenarbeit mit der Feuerwehr Bremerhaven.

Betreuungsplatz 250 - Materialbeschaffung			
	Anzahl	Einzelkosten	Gesamtkosten
Errichtung Infrastruktur			
Schnelleinsatzzelt, aufblasbar komplett mit Innenbeleuchtung	3	12.000,00 €	36.000,00 €
Sanitätsstation, Erst-/Bagattell- und Notfallversorgung (anteilig)	1	15.000,00 €	15.000,00 €
Ausleuchtung Außenbereich durch z.B. Anhänger mit Lichtmast und Ersatzstromerzeuger	1	13.000,00 €	13.000,00 €
Feldebetten	250	50,00 €	12.500,00 €
Notfallkleidung, Wäschemanagement	50	40,00 €	2.000,00 €
Duschcontainer Betroffene	1	19.000,00 €	19.000,00 €
WC - Container Betroffene	1	16.500,00 €	16.500,00 €
WC-Anlage für Einsatzkräfte	1	16.500,00 €	16.500,00 €
Wandsystem mobil, Notunterbringung in Hallen o.ä. für 250 Pers. (Großraum)	1	75.000,00 €	75.000,00 €
Verpflegungszubereitung, Infrastruktur (Zubereitung von Verpflegung für 250 Pers.)	1	15.000,00 €	15.000,00 €
Verpflegungsausgabe, Infrastruktur (rollbar, gem. Hygienevorgabe)	3	600,00 €	1.800,00 €
Kühlanhänger (anteilig)	1	2.000,00 €	2.000,00 €
Bierzeltgarnituren inkl. Transportkiste (für zeitgleich 150 Pers.)	20	250,00 €	5.000,00 €
Ge- und Verbrauchsgegenstände Betroffene			
Erstaustattung Kissen, Decken, Handtücher, Hygiene, Einmalgeschirr	250	25,00 €	6.250,00 €
Transport und Lagerung			
Abrollbehälter zur Materialverlastung inkl. Abrollgestell	2	9.500,00 €	19.000,00 €
anteilig Beschaffung Wechsellader-LKW zum Transport der notwendigen Technik	1	30.000,00 €	30.000,00 €
Haushaltsmittelbedarf			284.550,00 €

Ressort: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Bremen, 19.01.2023

Produktplan: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Kapitel: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Antragsformular

Globalmittel Ukraine-Krieg/Energiekrise

Senatssitzung:		Maßnahmenbezeichnung/Titel der Senatsvorlage:	
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.		<u>Ertüchtigung der Wärmepunkte des Sozialamtes</u>	
Maßnahmenkurzbeschreibung: (Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern der Maßnahme.)			
Im Falle einer Gasmangellage sind zwei Seniorentreffpunkte als Wärmepunkte im Stadtgebiet Bremerhaven vorgesehen. Die vorhandene Ausstattung ist für diesen Zweck zu ergänzen und zu ertüchtigen. Unter anderem ist eine Erhöhung der Aufenthaltsmöglichkeiten notwendig. Daneben ist die sachliche Ausstattung zu optimieren. Es handelt sich dabei um die Erhöhung der Lagerkapazität in den Küchen und der Optimierung der Raumakustik. Zudem ist ein Seniorentreffpunkt um eine barrierefreie Toilette zu ergänzen.			
Maßnahmenzeitraum und -kategorie			
Beginn: 01.05.2023		voraussichtliches Ende: 31.12.2023	
Zuordnung zu inhaltl. Bereichen aus der Senatsvorlage 15.11.2022 (Drop-Down Menü): 7. Stärkung der Krisenresilienz bezüglich drohender Gasmangellage und energiever sorgungsbedingter Gefahrenlagen			
Zielgruppe/-bereich: (Wer wird unterstützt?)			
Schutzsuchende, die sich im Stadtgebiet von Bremerhaven aufhalten.			
Maßnahmenziel: (Welche Ziele werden angestrebt?)			
Betreuung von Schutzsuchenden im Katastrophenfall			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung		Einheit	Planwert 2023
- Ertüchtigung von Standorten		- Anzahl	- 2)

Begründungen und Ausführungen zu

<p>1. dem eindeutigen, nachweisbaren Bezug der Maßnahme zum Ukraine-Krieg/der Energiekrise (kausaler Veranlassungszusammenhang): (Inwieweit steht diese Maßnahme im nachweisbaren, kausalen Veranlassungszusammenhang zur Notsituation des Ukraine-Kriegs/der Energiekrise? Inwieweit resultiert die Maßnahme aus der Notsituation bzw. ist dem Zweck der Bewältigung der Notsituation gewidmet?)</p>
<p>Zur Bewältigung möglicher auftretender energieverorgungsbedingter Katastrophenlagen (bspw. langfristige großflächige Stromausfälle) insbesondere mit Blick auf den kommenden Winter ist eine Optimierung der vorhandenen Wärmepunkte für die Betreuung von Schutzsuchenden notwendig.</p>
<p>2. der <u>Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit</u> der Maßnahme zur Bewältigung der Notsituation des Ukraine-Kriegs/der Energiekrise (Bitte im Dreiklang jeweils Aussagen zur Geeignetheit, Erforderlichkeit, Angemessenheit: Ist die Maßnahme geeignet, erforderlich und angemessen zur Bewältigung der Notsituation Ukraine-Krieg/Energiekrise bzw. deren Folgen?)</p>
<p>Die Optimierung der vorhandenen Wärmepunkte für den Katastrophenfall der Gasmangellage dient der notwendigen kurzfristigen Einsatzbereitschaft dieser Seniorentreffpunkte.</p> <p>Es gibt keine Haushaltsmittel um diese Wärmepunkte zu optimieren.</p> <p>Im Fall der Krise ist auf vorhandene Strukturen zurück zu greifen, damit die Aufgabe der Betreuung gewährleistet werden kann.</p>
<p>2.1 Dazu als Orientierung/ Information: Bestehen ähnliche/vergleichbare Maßnahmen in anderen Bundesländern? (Bundesländer und (Förder-)Maßnahme auflisten bzw. Verweis auf bundesweite Mehraufwendungen)</p>
<p>Nicht bekannt.</p>
<p>3. der Zusätzlichkeit bzw. Notwendigkeit des zeitlichen Vorziehens oder verstärkten Umsetzens der Maßnahme (in Abgrenzung zu "ohnehin geplanten"-Maßnahmen) (Inwieweit zeichnet sich diese Maßnahme durch eine Zusätzlichkeit (im Sinne von neuen, krisenbedingt zu ergreifenden Maßnahmen) oder bei vorhandenen Planungen durch ein krisenbedingt erforderliches zeitliches Vorziehen oder eine krisenbedingte erforderliche verstärkte Umsetzung aus?)</p>
<p>Ausgelöst durch den Ukraine-Krieg und die damit verbundene Energiekrise hat sich der Handlungsbedarf ergeben. Durch die Optimierung der Wärmepunkte sind im Katastrophenfall die Seniorentreffpunkte auch bei ausbleibenden Gaslieferungen versorgt. Im Haushalt der Stadt Bremerhaven stehen keine finanziellen Mittel für die Optimierung der Wärmepunkte zur Verfügung.</p>

<p>4. der Darstellung von Folgekosten (Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, die über die Laufzeit bis Ende 2023 hinausgehen, sind nur insofern förderfähig, als dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Ressortbudgets gedeckt werden müssen.)</p>
<p>Es entstehen keine Folgekosten aus der Maßnahme.</p>
<p>5. anderweitigen Finanzierungsmöglichkeiten (Welche anderen Finanzierungen z.B. bremische Programmmittel oder EU- oder Bundesmittel sowie Deckungsmöglichkeiten innerhalb des Ressortbudgets sind geprüft worden?)</p>
<p>Anderweitige Finanzierungsmöglichkeiten sind nicht vorhanden.</p>
<p>6. Darstellung der Klimaverträglichkeit</p>
<p>Klimaschutzrelevante Auswirkungen sind nicht zu erkennen.</p>
<p>7. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter</p>
<p>Keine besondere Betroffenheit.</p>
<p>8. Darstellung der Berücksichtigung von Menschen mit Migrationshintergrund</p>
<p>Keine besondere Betroffenheit.</p>

Ressourceneinsatz:

(Bereitstellung Kreditfinanzierung erfolgt ausschließlich über den Landeshaushalt, dabei Differenzierung zwischen direkten Landesausgaben und Zuweisungen des Landes an die Stadtgemeinden für kommunale Aufgaben. Kombinationen möglich.)

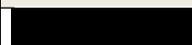
Direkte Landesausgaben (Auszahlung aus dem Landeshaushalt bspw. an Dritte)

Ressourceneinsatz 2023	
Aggregat	Land Bremen (in T €)
Mindereinnahmen	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Personalausgaben (Kernverwaltung)	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
VZÄ (sowie Angabe Dauer in Monaten. Kernverwaltung)	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Konsumtiv	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Investiv	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Zuweisungen vom Land an die Stadtgemeinden (für kommunale Aufgaben)

Ressourceneinsatz 2023		
Zuweisung vom Land an Stadtgemeinden	Bremen (in T €)	Bremerhaven (in T €)
Verrechnungs- / Erstattungsausgaben vom Land - investiv	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	155
Verrechnungs- / Erstattungsausgaben vom Land - konsumtiv	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Davon Mittelverwendung in den Stadtgemeinden aufgeteilt auf Aggregate:		
Mindereinnahmen	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Personalausgaben	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
VZÄ (sowie Angabe Dauer in Monaten)	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Konsumtiv	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Investiv	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	155

Geplante Struktur:

Verantwortliche Dienststelle
Sozialamt Bremerhaven
Ansprechperson


Anlagen:

Beigefügte Unterlagen
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Begründung, falls keine WU-Übersicht beigefügt wurde
Die Wärmepunkte ergeben sich aufgrund ihrer Unabhängigkeit von Gaslieferungen und die Optimierung des Ausbaus aufgrund vorhandener Notwendigkeiten.